

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

# Allmähliche Erholung nach schwerer Rezession

## Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2014

**Nach der schwersten Rezession seit den 1930er-Jahren wird das Bruttoinlandsprodukt in Österreich von 2010 bis 2014 real um durchschnittlich 1,8% pro Jahr zunehmen. Aufgrund der Nachwirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wird das Wachstum jährlich um knapp  $\frac{3}{4}$  Prozentpunkte geringer ausfallen als im Durchschnitt des letzten Jahrzehnts vor der Wirtschaftskrise 2008/09. Der Wachstumsvorsprung gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes verringert sich deutlich, auch weil die Dynamik der Exporte nach Ostmitteleuropa schwach bleiben dürfte und der Finanzsektor weiterhin fragil ist. Vor allem auf den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Haushalte wirkt die Rezession noch länger nach, die Inflation wird dagegen niedrig bleiben. Ab dem Jahr 2011 werden Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen, aber eine Senkung des Budgetdefizits bewirken.**

Begutachtung: Karl Aiginger, Markus Marterbauer, Margit Schratzenstaller • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adressen: [Josef.Baumgartner@wifo.ac.at](mailto:Josef.Baumgartner@wifo.ac.at), [Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at](mailto:Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at), [Hans.Pitlik@wifo.ac.at](mailto:Hans.Pitlik@wifo.ac.at), [Christine.Kaufmann@wifo.ac.at](mailto:Christine.Kaufmann@wifo.ac.at)

Die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise löste in Österreich Ende 2008 die schwerste Rezession seit den 1930er-Jahren aus. Wie die empirische Evidenz zeigt, erholt sich die Wirtschaft nach einer Finanzmarktkrise und einer weltweiten Rezession nur sehr langsam (IMF, 2009A). Getragen von der sehr expansiven Geld- und Fiskalpolitik in den großen Wirtschaftsräumen trat Mitte 2009 eine Trendwende ein; ab 2010 wird mit einer Erholung gerechnet. Die österreichische Wirtschaft wird von 2010 bis 2014 mit +1,8% pro Jahr um  $\frac{3}{4}$  Prozentpunkte langsamer expandieren als in den 10 Jahren vor der Wirtschaftskrise 2009 (+2½% p. a.)<sup>1)</sup>. Selbst in den besten Jahren des Prognosezeitraumes (2012 bis 2014) wird das BIP-Wachstum nicht an diesen Durchschnittswert heranreichen. Die Weltwirtschaft wird die Folgen der Finanzmarktkrise nur allmählich überwinden, die Vergabe von Risikokapital für Unternehmen sowie die Kreditversorgung des privaten Sektors zur Finanzierung von Ausrüstungs- und Bauinvestitionen und Konsum bleiben restriktiv. Das Wachstum des Potentialoutputs wird nicht mehr so hoch sein wie in der Vergangenheit (Gaggl – Janger, 2009, European Commission, 2009A, IMF, 2009B). Der Wachstumsvorsprung Österreichs gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes wird geringer, nicht zuletzt da die Exporte nach Ostmitteleuropa an Dynamik verlieren dürften.

Die österreichische Wirtschaftspolitik wirkte den Auswirkungen der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mit einer vorgezogenen Steuerreform, zwei Konjunktur- und zwei Arbeitsmarktpaketen entgegen. Da manche der größeren Bauprojekte 2009 noch nicht umgesetzt werden konnten, sollte ihre Wirkung im Jahr 2010 zum Tragen kommen und damit den Aufschwung unterstützen. Die österreichische Wirtschaft profitierte auch von den Konjunkturbelebungsmaßnahmen, die im Rahmen des "European Economic Recovery Plan (EERP)" von den EU-Nachbarländern und den anderen bedeutenden Handelspartnern (Schweiz und USA) getätigt wurden. Breuss – Kaniovski – Schratzenstaller (2009) schätzen diese Rückwirkungen etwa

<sup>1)</sup> Die Wachstumsprognose für die Jahre 2010 und 2011 entspricht der kurzfristigen WIFO-Prognose vom Dezember 2009. Für die folgenden Jahre wurden mittelfristige Trends geschätzt.

gleich hoch ein wie jene Maßnahmen, die die österreichische Bundesregierung (einschließlich staatsnaher Unternehmen) selbst getätigt hat.

Die durch Sonderfaktoren und wirtschaftspolitische Maßnahmen begünstigte Entwicklung der verfügbaren realen Haushaltseinkommen (Steuerreform, niedrige Inflation, hohe Lohnabschlüsse im Jahr 2008, Ausweitung der Transfereinkommen) ermöglichte im Jahr 2009 in Österreich, im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern des Euro-Raumes, eine Zunahme des privaten Konsums (+1/2%). Jedoch floss ein größerer Teil des Einkommensanstiegs als in den letzten Jahren in die Ersparnisse. Für den Prognosezeitraum 2010/2014 wird mit einem Konsumwachstum von 1% gerechnet, das um knapp 1/2 Prozentpunkt niedriger ist als in der Fünfjahresperiode vor der Krise. Dabei wird unterstellt, dass die Sparquote der privaten Haushalte wieder kontinuierlich zurückgeht.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 1998/ 2008	Ø 2003/ 2008	Ø 1999/ 2004	Ø 2004/ 2009	Ø 2009/ 2014	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Jährliche Veränderung in %										
Bruttoinlandsprodukt											
Real	+ 2,4	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,8	- 3,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
Nominell	+ 4,0	+ 4,8	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,1	- 1,7	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,5
Verbraucherpreise	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8
Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf <sup>1)</sup>	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>2)</sup>	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
	Ø 1999/ 2008	Ø 2004/ 2008	Ø 2000/ 2004	Ø 2005/ 2009	Ø 2010/ 2014	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	In %										
Arbeitslosenquote											
In % der Erwerbspersonen <sup>3)</sup>	4,3	4,6	4,1	4,6	5,6	5,0	5,4	5,7	5,7	5,7	5,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>4)</sup>	6,6	6,6	6,6	6,7	8,1	7,1	7,7	8,1	8,2	8,2	8,2
	In % des BIP										
Außenbeitrag	3,8	4,8	3,2	5,0	5,3	4,6	4,8	5,2	5,4	5,5	5,5
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,5	- 1,7	- 1,6	- 1,7	- 4,0	- 4,2	- 5,2	- 4,8	- 4,2	- 3,4	- 2,5
	In % des verfügbaren Einkommens										
Sparquote der privaten Haushalte	9,7	10,6	8,7	11,4	12,4	13,0	12,9	12,6	12,5	12,2	12,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. – <sup>2)</sup> Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – <sup>3)</sup> Laut Eurostat (Labour Force Survey). – <sup>4)</sup> Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

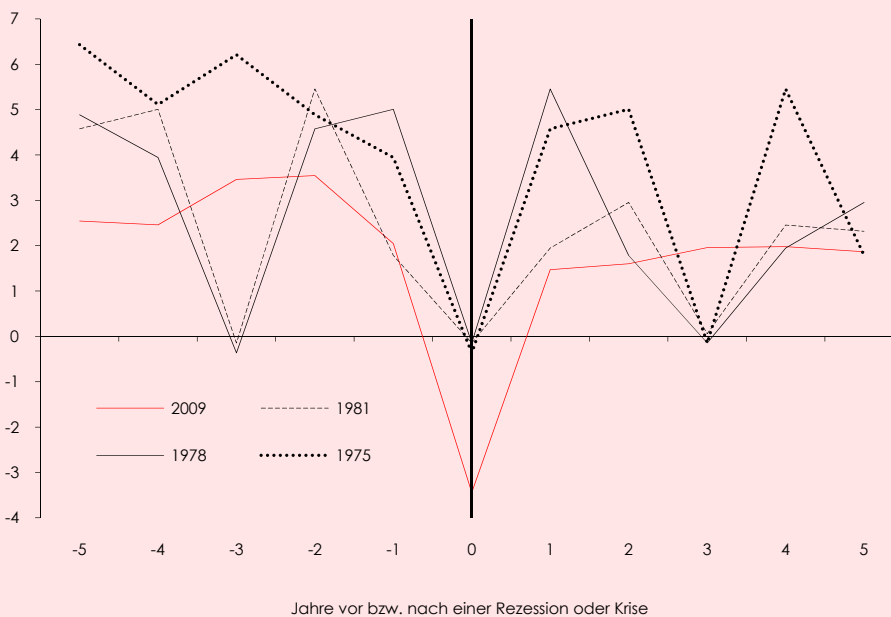
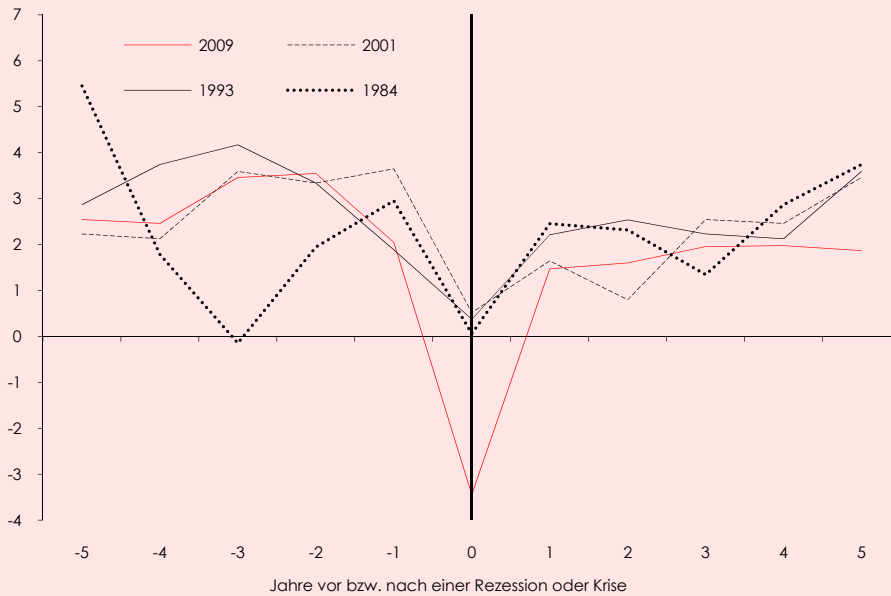
Der reale Außenbeitrag wird im Prognosezeitraum dem Wirtschaftswachstum Impulse geben. Der Exportprognose liegt die Einschätzung zugrunde, dass die Weltwirtschaft die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise allmählich überwindet und im Jahr 2010, getragen von den weltweiten Konjunkturprogrammen und niedrigen Zinssätzen, eine Erholung einsetzt. Die Belebung des Welthandels bewirkt eine Zunahme der österreichischen Exporte um durchschnittlich 5 1/2% pro Jahr, um knapp 1 Prozentpunkt weniger als in den zehn Jahren vor der Krise. Das Anspringen der Exportkonjunktur wird im Jahr 2010 aufgrund der sehr geringen Kapazitätsauslastung noch keine Belebung der Investitionstätigkeit auslösen. Über den gesamten Prognosezeitraum sollten die Investitionen um durchschnittlich 2% p. a. zunehmen.

Rezessionsbedingt erreichte die Arbeitslosigkeit 2009 das höchste Niveau seit Mitte der 1950er-Jahre. Die Ausweitung der Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Kurzarbeit, Schulungen und Bildungskarenz bremste den Anstieg der Arbeitslosenzahl im Jahr 2009 zwar um etwa 13.000, die Arbeitslosigkeit wird aber eine zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung der kommenden Jahre bleiben (Mahringer, 2009). Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte von 2008 bis 2014 um gut 90.000 auf über 300.000 steigen. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 dürfte die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) 8,1% erreichen. Im Falle einer ungünstigeren Entwicklung der Wirtschaft würde die Arbeitslosigkeit jedoch noch stärker wachsen. Die Beschäftigung wird in den Jahren 2010 bis 2014 um 0,4% pro Jahr zunehmen, die Voll-

zeitbeschäftigung dürfte aber erst gegen Ende der Prognoseperiode stärker ausgeweitet werden. Der freie Zustrom von Fachkräften aus den neuen EU-Ländern seit dem Jahr 2009 und das Ende der Übergangsfristen im Jahr 2011 werden die Pendler- und Zuwanderungströme erhöhen. In erster Linie hängt das Ausmaß dieser Wanderungsbewegungen aber von der heimischen Nachfrage nach Arbeitskräften ab.

Abbildung 1: Abschwungphasen in Österreich seit 1970

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



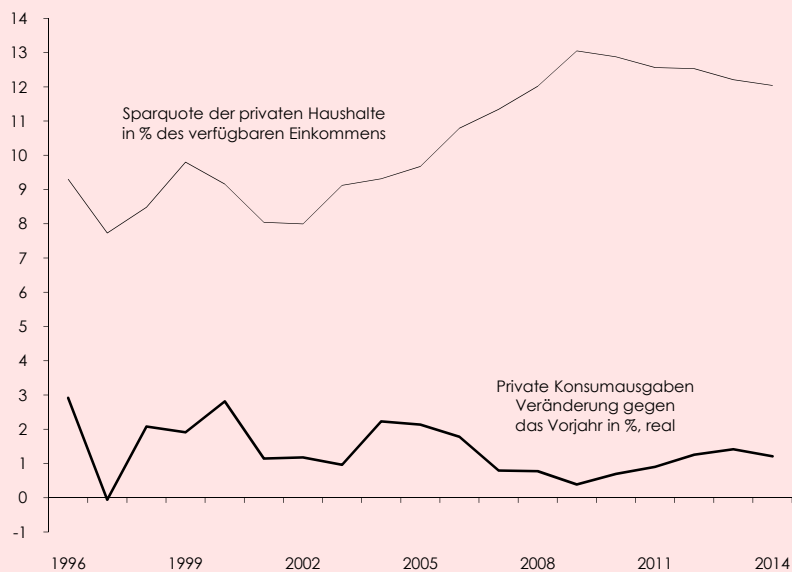
Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Dämpfung der Staatseinnahmen durch die Krise und die Steuerreform sowie die rezessionsbedingte Ausweitung der Staatsausgaben werden das Defizit der öffentlichen Haushalte 2010 auf 5¼% des BIP steigen lassen. Neben der Verbesserung durch die Konjunkturerholung müssen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung ergriffen werden, falls die Defizitquote bis zum Jahr 2014 wieder auf unter 3% des BIP gesenkt werden soll.

Nach dem Preisverfall von Mitte 2008 bis ins I. Quartal 2009 kehrte sich der Trend auf den internationalen Rohstoffmärkten um. Auch in den kommenden Jahren werden die Rohöl- und Rohstoffpreise anziehen. Die Prognose nimmt einen Anstieg des Rohölpreises mit der Erholung der Weltkonjunktur von 60 \$ je Barrel im Jahr 2009 auf 100 \$ im Jahr 2014 an. Von inländischen Faktoren werden in den kommenden Jahren kaum inflationäre Effekte ausgehen. Im Zeitraum 2010 bis 2014 dürfte die Inflationsrate in Österreich durchschnittlich 1½% betragen.

Die in der vorliegenden Prognose unterstellte Erholung der Wirtschaft hängt wesentlich von der Verbesserung der internationalen Konjunktur ab. Sollte sich diese nicht im erwarteten Ausmaß einstellen, würde das auch die Belebung in Österreich beeinträchtigen. Ebenso ist die Stabilisierung der Finanzmärkte und des Bankensystems noch fragil. Das starke Engagement der österreichischen Banken in Ostmitteleuropa und Südosteuropa birgt hier noch beträchtliche Risiken.

Abbildung 2: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

### Wachstumsdifferential zum Durchschnitt des Euro-Raumes schrumpft

Das reale BIP wuchs in Österreich in den Jahren 2004 bis 2008 deutlich rascher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+¾ Prozentpunkte), und auch im Rezessionsjahr 2009 schrumpfte die österreichische Wirtschaftsleistung weniger stark (+½ Prozentpunkt). Dieser Wachstumsvorsprung dürfte jedoch in den nächsten Jahren aus mehreren Gründen kleiner werden:

- Verlieh der Export der österreichischen Wirtschaft in den letzten Jahren starke Impulse, so wird er sich aufgrund der internationalen Rahmenbedingungen abschwächen. Die österreichischen Unternehmen, die in den rasch wachsenden Volkswirtschaften der neuen EU-Länder in Ostmitteleuropa sowie der EU-Beitrittsländer in Südosteuropa außerordentlich gut positioniert sind (FIW, 2009), werden von der nur verhaltenen Erholung in diesem Wirtschaftsraum stärker betroffen sein. Der Boom der letzten Jahre war in diesen Ländern von hoher privater Verschuldung und umfangreichen internationalen Kapitalzuflüssen getragen. Diese Entwicklung ist zum Stillstand gekommen oder wird sich zumindest verlangsamen. Auch die heimischen Banken, die in Ostmittel- und Südosteuropa eine bedeutende Marktstellung haben, wird die Wachstumsdämpfung in der Region nachhaltig beeinflussen. Der erhöhte Rückstellungsbedarf und die erforderliche Stärkung der Eigenkapitaldecke werden auch im Inlandsgeschäft spürbar werden.
- Die Stärke der deutschen Wirtschaft lag in der Auto- und Investitionsgüterindustrie. Gerade diese Branchen litten am meisten unter der Rezession. Die weltweiten

deutlichen Überkapazitäten werden eine Marktberichtigung zur Folge haben, die auch die österreichische Zulieferindustrie in Mitleidenschaft ziehen wird.

Mehrere Faktoren sprechen jedoch dafür, dass ein – wenn auch kleinerer – Wachstumsvorsprung Österreichs bestehen bleiben wird (+¼ Prozentpunkt):

- Gemessen an den Lohnstückkosten hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs in den letzten zehn Jahren stark verbessert (Guger – Leoni, 2007, Hölzl – Leoni – Zulehner, 2009). Diese Entwicklung dürfte anhalten und sich mittelfristig positiv auf die Exportwirtschaft auswirken.
- In einigen Ländern des Euro-Raumes (vor allem Spanien, Irland und Frankreich) beflügelte der Immobilienpreisboom bis Mitte 2007 das Wirtschaftswachstum. Der Einbruch der Immobilienpreise bedeutete erhebliche Vermögensverluste. In den kommenden Jahren wird das die Konsumnachfrage und die Wohnbauinvestitionen dämpfen (Walterskirchen, 2009).
- Die Anhebung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben der letzten Jahre sollte sich in Österreich mittelfristig positiv auf die Wirtschaft auswirken.
- Die Anstrengungen der Bildungspolitik werden die österreichische Wirtschaft in den kommenden Jahren ebenfalls stützen – insbesondere der Ausbau der Fachhochschulen und die Lehrlings- und Qualifizierungsprogramme.
- Das Budgetdefizit ist in Österreich um etwa 1 Prozentpunkt des BIP geringer als im Durchschnitt des Euro-Raumes (European Commission, 2009B). Damit ergibt sich für Österreich – unter der Annahme, dass alle EU-Länder den Empfehlungen der Europäischen Kommission folgen (European Commission, 2009C) – ein geringerer Konsolidierungsbedarf mit potentiell schwächeren nachfragedämpfenden Auswirkungen.

Die vorliegende mittelfristige Prognose für die österreichische Wirtschaft baut bis zum Jahr 2011 auf der kurzfristigen Prognose des WIFO vom Dezember 2009 auf (Marterbauer, 2010, in diesem Heft). Die mittelfristigen Berechnungen wurden mit dem WIFO-Makromodell erstellt (Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2005) und basieren auf den Annahmen zur internationalen Konjunktur von Schulmeister (2010, in diesem Heft). An dieser Stelle sollen die für die Österreich-Prognose wichtigsten internationalen Entwicklungen daher nur sehr kurz umrissen werden.

In den Jahren 2010 und 2011 gewinnt die internationale Konjunktur wieder an Schwung, und die Rezession wird langsam überwunden. Über den gesamten Prognosehorizont 2010/2014 wird das Wachstum in den USA und im Euro-Raum mit +2¼% bzw. +1½% p. a. deutlich niedriger sein als in den zehn Jahren vor der Krise: In diesem Zeitraum wuchs die Wirtschaft jeweils um etwa ½ Prozentpunkt stärker als im Prognosezeitraum.

**Mittelfristig verhaltenes  
Wachstum durch  
weltweit langsamen  
Aufschwung**

#### Übersicht 2: Internationale Rahmenbedingungen

	Ø 1998/2008	Ø 2003/2008	Ø 1999/2004	Ø 2004/2009	Ø 2009/2014
	Jährliche Veränderung in %				
Bruttoinlandsprodukt, real					
Euro-Raum	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,8	+ 1,6
23 OECD-Länder <sup>1)</sup>	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 0,9	+ 2,0
	Ø 1999/2008	Ø 2004/2008	Ø 2000/2004	Ø 2005/2009	Ø 2010/2014
	Dollar je ECU bzw. Euro				
Wechselkurs	1,15	1,32	1,03	1,35	1,57
	\$ je Barrel				
Erdölpreis, Brent	45,2	65,5	29,0	69,8	88,8

Q: OECD, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> EU 15 (ohne Österreich), Island, Norwegen, Schweiz, Türkei, Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, USA.

Vom deutlichen Nachlassen des Wachstums in den neuen EU-Ländern ist Österreich wegen der engen Wirtschaftsbeziehungen besonders betroffen. In den kommenden fünf Jahren dürfte dort die durchschnittliche BIP-Steigerung 3% p. a. betragen und damit um etwa 2¼ Prozentpunkte geringer ausfallen als in den fünf Jahren vor der Krise.

Abbildung 3: Nachfrage und Einkommen

In % des BIP, nominell



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die österreichische Wirtschaft geriet durch die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in die schwerste Rezession seit den 1930er-Jahren. Wegen der engen internationalen Verflechtung wird auch die Konjunkturerholung von der internationalen Entwicklung bestimmt. Die realen Exporte werden in den Jahren 2010 bis 2014 voraussichtlich um 5½% pro Jahr steigen. Da sich die realen Importe mit +5% etwas weniger dynamisch entwickeln, wird die österreichische Wirtschaft weiter von positiven, aber geringen Nettoexporten profitieren. Diese Entwicklung ist auf die Verminderung der Exportchancen in Ostmitteleuropa und das schwächere Wachstum in Deutschland zurückzuführen.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden aufgrund der starken Unterauslastung der Kapazitäten auch noch 2010 zurückgehen. Mit der Ausweitung der Warenexporte dürften sie sich ab 2011 allmählich erholen, jedoch bleibt ihr Wachstum auch mittelfristig verhalten. Die Bauwirtschaft wird nicht mehr an die Wachstumsraten der Fünfjahresperiode vor der Krise anschließen können, als vor allem der Tiefbau sehr stark expandierte. Zwar dürften Investitionsprojekte von staatsnahen Unternehmen wie der Bundesimmobiliengesellschaft, ASFINAG und ÖBB, die im ersten Konjunkturpaket für das Jahr 2009 angekündigt waren, 2010 wirksam werden und die Baukonjunktur stützen, den erwarteten Rückgang des privaten Wohnungsbaus werden sie aber nicht ausgleichen können. Erst ab 2013/14 wird von einem Anstieg der Bauinvestitionen um etwa 2% ausgegangen.

Die Nachwirkungen der Wirtschaftskrise werden in den Jahren 2010 bis 2014 vor allem die Investitionsbereitschaft und die Dynamik des österreichischen Exports dämpfen. Der Konsum der privaten Haushalte wird ebenfalls schwächer expandieren als in den fünf Jahren vor der Krise.

### Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 1998/ 2008	Ø 2003/ 2008	Ø 1999/ 2004	Ø 2004/ 2009	Ø 2009/ 2014	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Jährliche Veränderung in %										
Konsumausgaben											
Private Haushalte <sup>1)</sup>	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2
Staat	+ 1,5	+ 2,0	+ 0,5	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,4	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,1	+ 2,0	- 7,6	- 1,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,3
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	- 0,6	+ 3,3	- 12,0	- 1,0	+ 4,0	+ 4,5	+ 4,6	+ 4,7
Bauten	+ 0,6	+ 1,7	- 0,1	+ 0,5	+ 0,9	- 4,0	- 1,0	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,1
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	- 1,4	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,5
Exporte	+ 6,5	+ 7,0	+ 6,9	+ 2,0	+ 5,6	- 13,4	+ 4,0	+ 5,0	+ 6,6	+ 6,5	+ 6,0
Importe	+ 5,3	+ 5,6	+ 6,0	+ 1,2	+ 5,0	- 10,9	+ 2,8	+ 4,3	+ 5,9	+ 6,2	+ 5,8
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,4	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,8	- 3,4	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich sonstiger Anlagen.

Die Konsumausgaben werden 2009 und 2010 durch die Steuerreform und die Ausweitung von Transfereinkommen stimuliert. Der private Konsum wird von 2010 bis 2014 um 1% pro Jahr ausgeweitet werden und damit um ½ Prozentpunkt hinter der Entwicklung der Periode 2004/2008 zurückbleiben. Dabei wird unterstellt, dass die Sparquote, die von 2002 bis 2009 um 5 Prozentpunkte auf 13% gestiegen ist, bis zum Ende des Prognosehorizonts um 1 Prozentpunkt sinkt.

Das Wirtschaftswachstum wird selbst in den relativ besseren Konjunkturjahren 2012/2014 wegen der Nachwirkungen der Rezession nicht die durchschnittliche Wachstumsrate der letzten 10 Jahre (2½%) erreichen.

Österreichs Budgetdefizit wird noch mindestens bis 2013 über dem Maastricht-Ziel von 3% des BIP liegen. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum wird zu schwach sein, um eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ausschließlich über die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zu erreichen. Durch – vornehmlich ausgabenseitige (Pitlik – Schratzenstaller, 2009) – Konsolidierungsmaßnahmen ab 2011 könnte bis 2014 eine Verringerung der Nettoneuverschuldung auf unter 3% des BIP erreicht werden.

Die Wirtschaftspolitik hat die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarktkrise durch rechtzeitiges diskretionäres Gegensteuern mit einer Steuersenkung, zwei Konjunktur- und zwei Arbeitsmarktpaketen des Bundes, Maßnahmen der Länder und Gemeinden sowie durch das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren auf der Ein-

**Steuerreform und  
Konjunkturpakete  
erhöhen Budgetdefizit**

Das Defizit der öffentlichen Haushalte dürfte infolge der Rezession und der Gegenmaßnahmen im Jahr 2010 auf 5¼% des BIP steigen. Um die Defizitquote im Prognosezeitraum unter die 3%-Marke zu senken, wird die Erholung der Wirtschaft nicht ausreichen – zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen werden erforderlich sein.

nahmen- und Ausgabenseite gedämpft. Nachdem der Finanzierungssaldo des Staates 2008 trotz noch guter Konjunkturlage negativ gewesen war (-0,4% des BIP), verschlechterte er sich 2009 auf -4,2% und 2010 auf -5,2% des BIP. In den kommenden Jahren wird die Budgetentwicklung beträchtlich von den Folgewirkungen der Krise geprägt sein. Über den Prognosezeitraum 2010/2014 wird der negative Haushaltssaldo im Durchschnitt bei 4% des BIP liegen. Der Staatsschuldenstand wird von knapp unter 60% (2007) auf fast 80% des BIP zunehmen. Der Zinsendienst des Staates wird von 2½% (2008) auf 3½% des BIP steigen und den künftigen Spielraum der Finanz- und Wirtschaftspolitik beträchtlich einengen. Die Schulden der ausgegliederten staatsnahen Unternehmen ASFINAG, BIG und ÖBB von 32 Mrd. € im Jahr 2010 (11% des BIP) sind hier noch nicht berücksichtigt.

Übersicht 4: Staat

	Ø 1998/ 2008	Ø 2003/ 2008	Ø 1999/ 2004	Ø 2004/ 2009	Ø 2009/ 2014	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Jährliche Veränderung in %										
Laufende Einnahmen	+ 3,3	+ 4,1	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,7	- 3,4	- 0,2	+ 2,6	+ 3,5	+ 3,8	+ 3,8
Laufende Ausgaben	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,0	+ 4,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 4,0	+ 4,8	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,1	- 1,7	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,5
	In % des BIP										
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,5	- 1,7	- 1,6	- 1,7	- 4,0	- 4,2	- 5,2	- 4,8	- 4,2	- 3,4	- 2,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

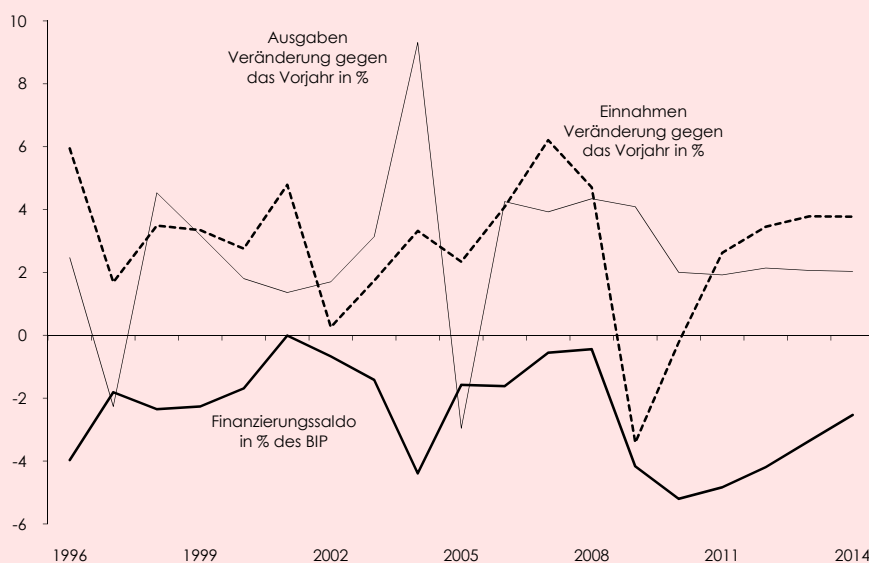
Die laufenden Einnahmen brachen 2009 gegenüber 2008 um 3,4% ein; 2010 ist ein weiterer leichter Rückgang um 0,2% zu erwarten. In dieser Entwicklung spiegeln sich zum einen konjunkturbedingte Mindereinnahmen, die 2009 und 2010 in der Körperschaftsteuer besonders groß sind. Auch die Einnahmen an Lohnsteuer und Umsatzsteuer fallen durch die Rezession schwächer aus. Hinzu kommen die Effekte der um ein Jahr vorgezogenen Lohn- und Einkommensteuerreform, die 2009 Mindereinnahmen von rund 2,1 Mrd. € und 2010 von 2,9 Mrd. € bewirken. Erst ab 2011 ist mit der einsetzenden Erholung der Wirtschaft mit einem stärkeren Wachstum der Staatseinnahmen zu rechnen. Unter günstigen Bedingungen wird es über die gesamte Prognoseperiode 2,7% p. a. erreichen.

Mittelfristig wird eine Senkung der öffentlichen Finanzierungsdefizite auf die Vorgaben des Maastricht-Vertrags unterstellt. Im November 2009 empfahl der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister den Mitgliedsländern, ihre übermäßigen Defizite zu verringern. Für Österreich lautet die Empfehlung, bis zum Jahr 2013 eine Defizitquote von unter 3% des BIP zu erreichen (European Commission, 2009C, 2009D). Für dieses Ziel sind allerdings deutliche Konsolidierungsanstrengungen erforderlich. Nach dem auch rezessionsbedingt kräftigen Ausgabenanstieg im Jahr 2009 (+4,1% gegenüber 2008) wird in den Folgejahren das jährliche Wachstum der laufenden Ausgaben zur Erreichung der Budgetziele mit nur etwa 2% angenommen. Die Staatsausgabenquote liegt 2009 und 2010 deutlich über 50% des BIP und wird frühestens 2013 unter die 50%-Marke sinken.

Ein solches eher schwaches Ausgabenwachstum wird durch die allmähliche Verbesserung der Konjunkturlage begünstigt. Will man auf Steuererhöhungen zur Budgetkonsolidierung verzichten, so setzt dies aber die konsequente Durchforstung aller Ausgabenbereiche und der öffentlichen Verwaltung aller Staatsebenen auf Effizienzreserven und Einsparungspotentiale voraus, da die Ausgabendynamik gebremst werden muss, um den seit 35 Jahren regelmäßig defizitären Staatshaushalt auszugleichen. Die erste Etappe der Haushaltsrechtsreform des Bundes, die Anfang 2009 in Kraft trat und durch das neue Bundesfinanzrahmengesetz verbindliche Ausgabenobergrenzen im Bundesbudget festlegt, steht daher vor einer wichtigen Bewährungsprobe.



Abbildung 4: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo (laut Maastricht-Definition) des Staates



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die (kurzfristigen) Wachstumseffekte der Budgetkonsolidierung sind theoretisch nicht eindeutig: Von Ausgabenkürzungen (oder Steuererhöhungen) gehen zum einen dämpfende Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aus ("keynesianische Effekte"). Andererseits können Konsolidierungsbestrebungen über Erwartungseffekte aber auch nachfragesteigernd wirken ("nicht-keynesianische Effekte"). Die empirische Literatur zeigt, dass der Nettoeffekt von sehr vielen Faktoren abhängt: Die Konjunkturlage im In- und Ausland, die Höhe der Verschuldung und des Realzinssatzes, die Art der Budgetkonsolidierung (einnahmen- oder ausgabenseitig) sowie der Policy-Mix und die Glaubwürdigkeit der Geld- und Fiskalpolitik sind dabei die wichtigsten Einflussfaktoren (siehe z. B. McDermott – Wescott, 1996, von Hagen – Strauch, 2001, Prammer, 2004, Canale et al., 2007, Alesina – Ardagna, 2009).

Derzeit bestehen allerdings noch beträchtliche Unwägbarkeiten für die Erstellung einer Budgetprognose, zum einen bezüglich der Wirtschaftsentwicklung, zum anderen aber auch weil für die Jahre ab 2011 zwar für den Bund ein Budgetrahmen, jedoch noch kein konkreter Bundesvoranschlag beschlossen ist. Beträchtliche Unsicherheiten rühren auch aus dem Ausgabenverhalten der Länder und Gemeinden, für das nur wenige und sehr unvollständige Informationen vorliegen.

Im Konjunkturaufschwung zwischen 2003 und 2008 nahm die Zahl der Beschäftigten kräftig zu (+1,6% pro Jahr). Die Vollzeitbeschäftigung stieg deutlich, darüber hinaus erhöhte sich die bisher relativ niedrige Teilzeitquote über den Durchschnitt der EU. Aufgrund der Rezession wird die Beschäftigung bis 2010 um 1,7% zurückgehen.

Der erwartete durchschnittliche reale BIP-Zuwachs von 1,8% wird ab 2012 eine Ausweitung der Beschäftigung um durchschnittlich 0,7% pro Jahr ermöglichen. Die Vollzeitbeschäftigung wird erst gegen Ende des Prognosezeitraumes wieder zunehmen.

Das schwache Wachstum wird in den nächsten Jahren nicht ausreichen, um einen Anstieg der Arbeitslosenquote zu verhindern, zumal auch das Angebot an in- und ausländischen Arbeitskräften deutlich wächst. Nach der vorliegenden Prognose wird sich die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2014 auf knapp 305.000 erhöhen (+92.000 gegenüber 2008).

Für den Durchschnitt der Periode 2010 bis 2014 wird mit einer Arbeitslosenquote von 8,1% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 5,6% der Erwerbspersonen laut Eurostat-Definition gerechnet. Die Arbeitslosigkeit wird auch gegen Ende der Prog-

## Keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

In den nächsten Jahren bleibt die Arbeitslosigkeit ein zentrales wirtschafts- und sozialpolitisches Problem. Die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) wird im Durchschnitt 2010/2014 8,1% betragen. Im Jahr 2014 dürften demnach über 300.000 Personen arbeitslos sein.

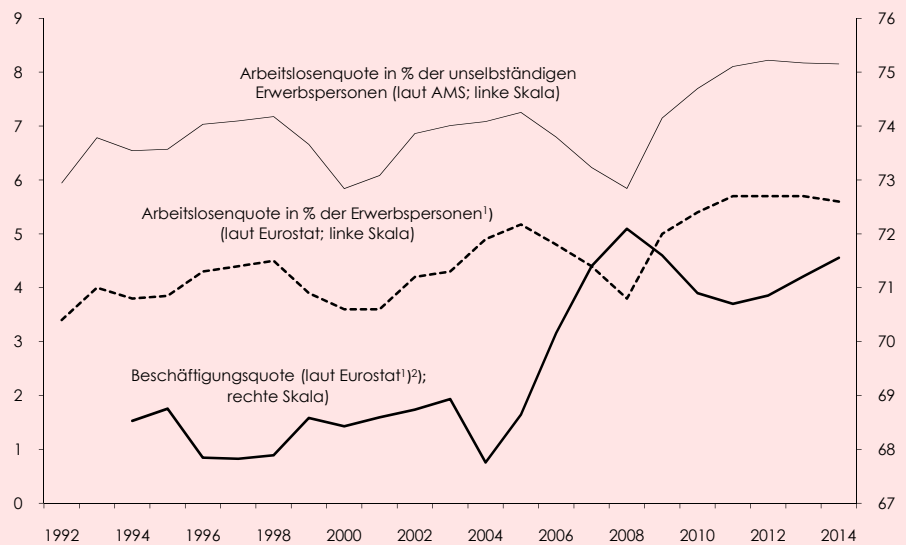
noseperiode nicht zurückgehen. Obwohl die Arbeitsmarktlage in Österreich im internationalen Vergleich günstig erscheint, wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit neben der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte das wirtschafts- und sozialpolitische Thema der kommenden Jahre sein. Die Lösung dieses potentiellen Zielkonflikts wird zur zentralen Herausforderung für die Wirtschaftspolitik.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 1998/ 2008 <sup>1)</sup>	Ø 2003/ 2008 <sup>1)</sup>	Ø 1999/ 2004 <sup>1)</sup>	Ø 2004/ 2009 <sup>1)</sup>	Ø 2009/ 2014 <sup>1)</sup>	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Jährliche Veränderung in %										
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>2)</sup>	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7
Arbeitslose	- 1,1	- 2,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 3,2	+ 22,4	+ 7,7	+ 6,1	+ 2,1	+ 0,0	+ 0,4
Arbeitslosenquote											
In % der Erwerbspersonen <sup>3)</sup>	4,3	4,6	4,1	4,6	5,6	5,0	5,4	5,7	5,7	5,7	5,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>4)</sup>	6,6	6,6	6,6	6,7	8,1	7,1	7,7	8,1	8,2	8,2	8,2
Produktivität <sup>5)</sup>	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,2	- 2,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Lohn- und Gehaltssumme <sup>6)</sup>	+ 3,5	+ 4,3	+ 2,4	+ 4,1	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,1	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,5
Pro Kopf <sup>7)</sup>	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,6
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,5	+ 2,3	+ 0,9	+ 5,2	- 0,2	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Arbeitslosenquote: Ø 1999/2008, Ø 2004/2008, Ø 2000/2004, Ø 2005/2009 bzw. Ø 2010/2014. – <sup>2)</sup> Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – <sup>3)</sup> Laut Eurostat (Labour Force Survey). – <sup>4)</sup> Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – <sup>5)</sup> BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – <sup>6)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – <sup>7)</sup> Beschäftigungsverhältnisse laut VGR.

Abbildung 5: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: AMS, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Labour Force Survey. – <sup>2)</sup> Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

Ab dem Jahr 2011 wird für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern (außer Rumänien und Bulgarien) die volle Freizügigkeit gelten, bereits im Jahr 2009 wurde der Zugang für Fachkräfte aus den neuen EU-Ländern liberalisiert. Bisher war der offizielle Zustrom an Arbeitskräften aus dieser Region wegen der administrativen Beschränkungen relativ gering. Das tatsächliche Ausmaß der Zuwanderung von Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern wird stark von den Beschäftigungsmöglichkeiten und damit der Wirtschaftsentwicklung in Österreich abhängen (insbesondere im Tourismus und in der Bauwirtschaft). Die Lohnunterschiede zwischen Österreich und den neuen EU-Ländern sind noch immer groß genug, um Arbeitsplätze in Österreich at-

traktiv zu machen. Sie wurden durch die Abwertung in Ungarn und anderen Ländern Ostmitteleuropas zuletzt noch vergrößert.

Die Schwankungen der Inflationsrate waren in den letzten Jahren stark vom Verlauf der internationalen Rohöl- und Rohstoffpreise beeinflusst. Sowohl der Anstieg der Inflationsrate (gemäß dem Verbraucherpreisindex) auf knapp 4% im Jahresverlauf 2008 als auch der Rückgang auf -0,3% im Juli 2009 waren maßgeblich auf die Schwankungen der Mineralölproduktpreise zurückzuführen. Gemessen an der Kerninflationsrate war die Preisentwicklung deutlich stabiler (siehe z. B. Baumgartner, 2009).

Die Prognose unterstellt, dass der Rohölpreis von 60 \$ im Jahr 2009 auf 100 \$ je Barrel im Jahr 2014 anzieht (Schulmeister, 2010, in diesem Heft). Weil die internationalen Notierungen von Agrarprodukten und Rohöl im Gefolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sanken, schwächte sich die Inflation 2009 deutlich ab (+½%). In den kommenden Jahren wird der Preisauftrieb leicht zunehmen, sodass für die Jahre 2010 bis 2014 mit einer Inflationsrate von durchschnittlich 1½% gerechnet wird. Die Teuerung wird damit um gut ½ Prozentpunkt niedriger ausfallen als im Zeitraum 2004/2008.

## Preisauftrieb bleibt mäßig

### Übersicht 6: Deflatoren

	Ø 1998/ 2008	Ø 2003/ 2008	Ø 1999/ 2004	Ø 2004/ 2009	Ø 2009/ 2014	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Jährliche Veränderung in %										
Implizite Preisindizes											
Privater Konsum	+ 1,9	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8
Exporte	+ 1,2	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,2	- 2,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3
Importe	+ 1,6	+ 2,7	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,8	- 4,4	+ 2,1	+ 0,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,9
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Neben dem Verlauf der Energie- und Rohstoffnotierungen wird die Preisentwicklung von der Entwicklung der Lohnstückkosten, der Belastung mit indirekten Steuern und Gebühren sowie der Wettbewerbspolitik bestimmt. Auch von diesen Faktoren werden in Zukunft kaum inflationäre Effekte ausgehen.

Die Löhne werden auf die niedrige Inflation und die Arbeitsmarktlage reagieren: Im Prognosezeitraum 2010 bis 2014 ist mit einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Nominallohnsteigerung um 2% pro Jahr zu rechnen. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten – die wichtigste Determinante des inländischen Kostendrucks – werden 2010/2014 mit knapp +1% um ¼ Prozentpunkt schwächer zunehmen als in den fünf Jahren vor der Krise. Die Reallöhne pro Kopf dürften 2010/2014 nur halb so stark steigen wie die Arbeitsproduktivität.

Die vorliegende mittelfristige Prognose für Österreich beruht auf der Annahme, dass die internationale Realwirtschaft die Folgen der Finanzmarktkrise zwar langsam, aber stetig überwindet und kein neuerlicher ausgeprägter Konjunkturrückschlag eintritt. Sollte sich die internationale Konjunktur nicht im unterstellten Ausmaß verbessern (z. B. wegen einer massiven Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar oder eines kräftigen Anstiegs der Rohstoffpreise), würde das auch die Belebung der österreichischen Wirtschaft beeinträchtigen. Zudem ist die Stabilisierung der Finanzmärkte und des Bankensystems noch fragil. Das starke Engagement der österreichischen Banken in Ostmitteleuropa und Südosteuropa birgt hier noch beträchtliche Risiken.

## Risiken und Unsicherheiten

Alesina, A., Ardagna, S., "Large Changes in Fiscal Policy: Taxes Versus Spending", NBER Working Paper, 2009, (15348).

Baumgartner, J., "Die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die Inflation", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(12), S. 955-960, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37847&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37847&typeid=8&display_mode=2).

## Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniovski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Breuss, F., Kaniovski, S., Schratzenstaller, M., "Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunkturbelebungsmaßnahmen", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(9), S. 675-686, [http://www.wifo.ac.at/www/isp/index.jsp?fid=23923&id=36767&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/isp/index.jsp?fid=23923&id=36767&typeid=8&display_mode=2).
- Canale, R. R., Foresti, P., Marani, U., Napolitano, O., "On Keynesian Effects of (Apparent) Non-Keynesian Fiscal Policies", MPRA Paper, 2007, (3742), <http://mpra.ub.uni-muenchen.de/3742/>.
- European Commission (2009A), "Impact of the Current Economic and Financial Crisis on Potential Output", European Economy, Occasional Paper, 2009, (49).
- European Commission (2009B), "European Economic Forecast – Autumn 2009", European Economy, 2009, (10), [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/publication16055\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication16055_en.pdf).

## Slow Recovery Following Severe Recession

### Forecast of the Austrian Economy until 2014 – Summary

At the end of 2008 the international financial and economic crisis triggered the deepest recession since the 1930s. At an annual rate of 1.8 percent the Austrian economy will expand more slowly – by  $\frac{3}{4}$  percentage points – than in the 10 years before the economic crisis of 2009. Austria's growth advantage vis-à-vis the average of the euro area is diminishing, not least because exports to Central and Eastern Europe are likely to expand less dynamically.

Economic policy in Austria countered the effects of the international financial and economic crisis through a mix of revenue and expenditure measures. The Austrian economy also benefited from the economic stimulus of its main trade partners. These spill-over effects are estimated to be almost as strong as the measures implemented by the Austrian federal government itself.

In Austria, unlike in most other countries of the euro area, the favourable trend of real disposable household income facilitated an increase of private final consumption expenditure in 2009. However, a larger share of the income increase than in past years was saved. For the forecast period 2010-2014 consumption is expected to grow by 1 percent annually, which is almost  $\frac{1}{2}$  percentage point below the average growth rate of the five years before the crisis. This forecast rests on the assumption that the household savings ratio will decline again.

The revival of global trade causes an increase of the Austrian exports by an average of  $5\frac{1}{2}$  percent per year, almost 1 percentage point less than in the ten years before the crisis. Due to the very low capacity utilisation the resurgence of export demand will not yet induce any recovery of investment activity. During the whole forecast period investment is expected to increase by an average of 2 percent per year.

As a consequence of the recession unemployment reached the highest level since the mid-1950s in 2009. Although the extension of short-time working schemes, training and educational leave slowed the increase in the number of unemployed persons by about 13,000 in 2009, unemployment will remain a key economic policy challenge in the coming years. The number of registered unemployed persons is expected to rise by slightly more than 90,000 between 2008 and 2014 to more than 300,000. During the period from 2010 until 2014 the unemployment rate (as defined by the Public Employment Service, AMS) is expected to amount to 8.1 percent on average. At the same time employment will rise by 0.4 percent per year. However, full-time employment is not expected to expand substantially before the end of the forecast period.

The decline of government revenues due to the crisis and the tax reform as well as the increase of government spending in the wake of the recession will raise the general government deficit to  $5\frac{1}{4}$  percent of GDP in 2010. In addition to the budget improvement in the course of the economic recovery, further measures to consolidate the budget will have to be implemented, if the deficit ratio is to be reduced below 3 percent of GDP by 2014.

The economic recovery assumed in this forecast crucially depends on a revival of the world economy. If this does not materialise as expected, the recovery of the Austrian economy would be impaired. In addition, Austrian banks' extensive business activities in Central Eastern and Southern Europe still entail substantial risks.

- European Commission (2009C), Excessive Deficit Procedure Steps: The Stability and Growth Pact as the Anchor for Fiscal Exit Strategies, Press release IP/09/1694, 11. November 2009, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1694>.
- European Commission (2009D), Austria – Commission Assessment in Relation to the Commission Recommendation for a Council Decision and Recommendation under Articles 104.6 and 104.7 of the Treaty, Brüssel, 2009, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/publication16188\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication16188_en.pdf).
- FIW, Österreichs Außenwirtschaft 2009, WIFO und wüw, Wien, 2009.
- Gaggl, P., Janger, J., "Wird die aktuelle Rezession nachhaltige Auswirkungen auf das Produktionspotenzial in Österreich haben?", Geldpolitik und Wirtschaft, 2009, (Q3), S. 27-57, [http://www.oenb.at/de/img/gewi2009\\_q3\\_analyse02\\_tcm14-142507.pdf](http://www.oenb.at/de/img/gewi2009_q3_analyse02_tcm14-142507.pdf).
- Guger, A., Leoni, Th., "Internationale Lohnstückkostenposition 2006 verbessert", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(10), S. 815-824, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30284&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=30284&typeid=8&display_mode=2).
- Hözl, W., Leoni, Th., Zulehner, Ch., "Internationale Lohnstückkostenposition 2008 leicht verbessert", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(9), S. 703-714, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36769&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36769&typeid=8&display_mode=2).
- IMF (2009A), World Economic Outlook, April 2009. Chapter 3: From Recession to Recovery. How Soon and How Strong, Washington D.C., 2009, S. 103-138, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/01/pdf/c3.pdf>.
- IMF (2009B), World Economic Outlook, October 2009. Chapter 4: What's the Damage? Medium-term Output Dynamics after Financial Crisis, Washington D.C., 2009, S. 121-151, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/02/pdf/c4.pdf>.
- Mahringer, H., "Der Arbeitsmarkt in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(12), S. 967-978, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37862&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37862&typeid=8&display_mode=2).
- Marterbauer, M., "Stabilisierung der Konjunktur, kein dynamischer Aufschwung. Prognose für 2010 und 2011", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(1), S. 3-16, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38121&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38121&typeid=8&display_mode=2).
- McDermott, J., Wescott, R. F., "An Empirical Analysis of Fiscal Adjustments", IMF Working Paper, 1996, (59).
- Pitlik, H., Schratzenstaller, M., "Finanzmarktkrise und öffentliche Haushalte", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(12), S. 961-966, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37861&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37861&typeid=8&display_mode=2).
- Prammer, D., "Expansionary Fiscal Consolidations? An Appraisal of the Literature on Non-Keynesian Effects of Fiscal Policy and a Case Study for Austria", Monetary Policy & the Economy, 2004, (Q3), S. 34-52, [http://www.oenb.at/en/img/mop\\_20043\\_analyses3\\_tcm16-21309.pdf](http://www.oenb.at/en/img/mop_20043_analyses3_tcm16-21309.pdf).
- Schulmeister, St., "Langsame Erholung der weltweiten Wachstumsdynamik. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2014", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(1), S. 37-45, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38124&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=38124&typeid=8&display_mode=2).
- von Hagen, J., Strauch, R., "Fiscal Consolidations: Quality, Economic Conditions, and Success", Public Choice, 2001, 109, S. 327-346.
- Walterskirchen, E., "Immobilienkrise – mehr als der Auslöser der Finanzmarktkrise", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(12), S. 943-950, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37845&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37845&typeid=8&display_mode=2).